

Konzeptstudie vorgestellt

Können kleine Fahrzeuge die Busse ersetzen?

Von HANS-JÖRG KRANEBURG

Kreis Warendorf (gl). Öffentlicher On-Demand-Verkehr (Beförderung auf Anruf) – lohnt sich das im ländlichen Raum? Die Frage muss nach einer im Planungsausschuss vorgestellten Konzeptstudie offen bleiben.

Das System wurde von den Studienmachern am Beispiel der Stadt Oelde durchgespielt. Dort seien die von der RVM betriebenen Stadtbusse außerhalb des Schülerverkehrs wenig nachgefragt. Die Idee ist, diese wenig ausgebauten Stadtbusse durch kleinere Fahrzeuge zu ersetzen – die nur dann fahren, wenn sie auch wirklich angefragt werden. Die Buchung kann über eine App, aber auch, um niemanden auszuschließen, telefonisch erfolgen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass zu den bestehenden Haltestellen, weitere Treffpunkte (manche auch nur virtuell) im Stadtgebiet hinzukommen. Der Bereitschafts- und Einsatzdienst würde sich in der Zeit von 5.30 bis 22.30 Uhr ergeben. Die Vorteile wären, wenn es richtig geplant wird, für die Fahrgäste eine wesentlich höhere zeitliche und räumliche Flexibilität, da es mehr Zustiege und Aussteigemöglichkeiten geben würde. Das, so die Annahme, könnte mehr Menschen dazu bewegen, das eigene Auto stehenzulassen und auf den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) umzusteigen. Der Fahrpreis würde gleichgesetzt mit dem aktuellen ÖPNV-Tarif. Für die Stadt Oelde empfahlen die Studienmacher, drei Fahrzeuge zum Einsatz zu bringen.

Das Problem sind wie immer die Kosten, die in diesem Fall jede Kommune für sich selbst decken muss. Zwar würde die Beispielstadt Oelde durch den Wegfall der Busse 350 000 Euro im Jahr sparen, das neue Nahverkehrsangebot würde aber 900 000 Euro kosten. Und das bei einem Einsatz von drei Fahrzeugen. Sollten sechs nötig sein, würden dafür 1,7 Millionen Euro zu Buche schlagen. Dabei ist der Vorschlag, aus Kostengründen zunächst Diesel- und keine E-Fahrzeuge anzuschaffen, schon eingerechnet. Ab 2030 sei auch das autonome Fahren denkbar, was die Kostenstruktur verändern könnte.

Letztlich kam von den Studienmachern lediglich der Hinweis, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, wo klassische Verkehre ersetzt werden könnten.

Planungsdezernent Dr. Herbert Bleicher konnte mitteilen, diese Studie mit der Stadt Oelde zu diskutieren – und die Ergebnisse auch den anderen Kommunen im Kreis Warendorf zur Verfügung zu stellen. „Und dann schauen wir, wo wir was umsetzen können.“ Planungsamtsleiter Martin Terwey ganz pragmatisch: „Wenn es in Oelde nicht funktioniert, funktioniert es in anderen Orten des Kreises auch nicht.“

Detlef Ommen (SPD) bezweifelte, ob das System kreisweit erfolgreich sein könnte – an einzelnen Orten vielleicht: „Aber das können die dann selbst entscheiden.“ Dr. Christian Blex (AfD) zweifelte an dem ganzen System On-Demand. „Über macht Sinn – alles andere nicht. Das hat sich in der freien Marktwirtschaft bewährt.“



Kleine Fahrzeuge statt Stadtbusse? Eine Konzeptstudie am Beispiel der Stadt Oelde ist der Frage nachgegangen, ob sich das im ländlichen Raum rechnet. Die Skepsis bleibt, ob sich so ein On-Demand-Modell im Kreis Warendorf etablieren könnte. Foto: dpa-Bildfunk

Gruppenvergewaltigung

Opfer stammt aus Kreis Warendorf

Kreis Warendorf / Herford (gl). Die junge Frau, die am 24. August auf einem Parkplatz in der Nähe der Diskothek GoParc in Herford Opfer einer mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung geworden ist, stammt aus dem Kreis Warendorf. Das hat die Staatsanwaltschaft in Bielefeld bestätigt, nachdem zunächst der Herkunftsort mit dem Raum Münsterland angegeben worden war. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln dazu. Die Tat hatte überregional Auf-

sehen erregt. Zu dem Verbrechen soll es laut Medienberichten am Morgen nach einem Disco-Besuch gekommen sein. Die 18-Jährige habe allerdings nur unklare Erinnerungen an den Hergang, sodass möglicherweise auch K.o.-Tropfen im Spiel gewesen sein könnten. Im Fokus der Ermittlungen stehen offenbar sieben Verdächtige aus Minden-Lübbecke. Ihnen kam die Polizei vermutlich durch Kameras in dem Bereich auf die

Spur – dabei soll sich um sechs Männer und eine Frau handeln. Es wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und Spuren und Asservate gesichert. Zwei der Verdächtigen sollen Iraker sein. Sie sitzen in Untersuchungshaft. Ein Deutsch-Syrer soll dabei gewesen sein und auch die anderen Verdächtigen sollen deutsche Pässe haben. Die Polizei, so wurde erläutert, werte momentan noch die Smartphones der Beschuldigten aus.

Sieben Kommunen gemeinsam

Mit Genossenschaft den Wohnungsbau voranbringen

Kreis Warendorf / Warendorf (gl). Die Vorbereitungen zur Gründung einer interkommunalen Wohnungsbaugenossenschaft gehen weiter. Vor wenigen Tagen fand ein weiteres Treffen der „Gründungsgruppe IstaG“ in Warendorf statt, um die nächsten konkreten Vorbereitungsschritte abzustimmen. Ziel der Gruppe von derzeit sieben Kommunen aus der Stadtregion Münster ist es, durch den Aufbau einer gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft eigene Akzente für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu setzen. Ein entsprechender Förderantrag für das IstaG-Modell Wohnen (Interkommunale stadtrregionale Gesellschaft) ist gestellt worden und liegt aktuell zur Entscheidung bei der Landesregierung. Die teilnehmenden Kommunen hoffen auf eine positive

Nachricht aus Düsseldorf noch in den kommenden Wochen, damit der Gründungsprozess für eine gemeinsame Wohnungsbaugenossenschaft wirtschaftlich abgesichert wird. Der Prozess zur Vorbereitung und Gründung einer gemeinsamen interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft geht damit konkret weiter. Schon im November soll es dann eine Information der kommunalen Räte zu den konkreten Gründungsthemen geben. Diese ist als zentrale Vor-Ort-Veranstaltung geplant. Sofern die Räte der sieben Kommunen anschließend der Gründung zustimmen, ist es erklärtes Ziel der Arbeitsgruppe, den Gründungsprozess im ersten Halbjahr 2025 abgeschlossen zu haben und dann mit den Vorbereitungen für die ersten Bautätigkeiten zu beginnen.

Die im IstaG-Modell an den Vorbereitungen zur Gründung einer gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft teilnehmenden Kommunen sind bisher Altenberge, Drensteinfurt, Everswinkel, Havixbeck, Sendenhorst, Telgte und Warendorf. Mit der Verwirklichung des IstaG-Modells Wohnen beabsichtigen die sieben Kommunen, jeweils eigene lokale Wohnungsbaugesellschaften und gemeinsam eine Genossenschaft als Dienstleister beziehungsweise Geschäftsbesorger für die neuen lokalen Gesellschaften zu gründen. Mit dem Einsatz der Genossenschaft und der operativen Planung, Schaffung und Bewirtschaftung von Wohnraum soll ein wirtschaftlicher Betrieb der lokalen Wohnungsbaugesellschaften eröffnet werden.



Auf dem Weg zu einer interkommunalen Wohnungsbaugenossenschaft: (v. l.) Sebastian Seidel, (Bürgermeister Everswinkel), Katrin Reuscher (Bürgermeisterin Sendenhorst), Jörn Möltgen (Bürgermeister Havixbeck), Karl Reinke (Bürgermeister Altenberge), Peter Horstmann (Bürgermeister Warendorf), Wolfgang Pieper (Bürgermeister Telgte), Carsten Grawunder (Bürgermeister Drensteinfurt), Christoph Britten (Fachbereichsleiter Drensteinfurt), Detlef Weigt (Leiter Geschäftsstelle Stadtregion Münster), Benedikt Trockel (Grundstücksgesellschaft Sendenhorst) und Regina Höppner (Dezernatsleiterin Warendorf).

Feuerwehr-Musik- und Spielmannszüge



Neustart für Konzert

Kreis Warendorf / Ahlen (gl). Neustart für die Feuerwehr-Musik- und Spielmannszüge des Kreises. Am Freitag, 27. September, 19.30 Uhr findet das 10. Kreiskoncert in der Stadthalle Ahlen statt. Beteiligt sind der Spielmannszug Beckum, der Spielmannszug Ostenfelde, der Musikzug Oelde und die Stadt- und Feuerwehrkapelle Sendenhorst. Nachdem die Kreiskoncerte bis

2010 regelmäßig stattgefunden hatten, war die Organisation eingeschlafen. Nun haben sich die vier Vereine vorgenommen, diese Tradition wieder aufleben zu lassen. Karten mit Sitzplatzreservierung sind an der Vorverkaufsstelle der Stadthalle auch unter ☎ 02382 / 2000 oder online <https://stadthalle-ahlen.de/tickets> oder www.reservix.de für zwölf Euro pro Person zu erhalten.

Sozialdezernentin

Kritik: Bürgergeld hilft sogar bei mangelnder Mitwirkung

Kreis Warendorf (hjk). Für ihre Äußerung im Sommerinterview, dass sie es „unglaublich“ finde, wenn Bürgergeld-Empfänger gegen begründete Kündigungen der Leistung vor Gericht ziehen und man als Kreis dann auch noch die Rechtsanwaltskosten des Klägers zu bezahlen hätte, hat Sozialdezernentin Dr. Anna Arizzi Rusche Kritik geerntet. In einer Zuschrift an die „Glocke“ merkt Dr. Thomas Bietenbeck (Oelde) an, dass man durch solche Äußerungen, „die ohnehin schon bestehenden Vorbehalte gegen Leistungsempfänger in nicht akzeptabler Weise weiter befördert“, zumal dem „Kreis in diesen Fällen grundsätzlich nur dann die Rechtsanwaltskosten der Gegenseite auferlegt werden, wenn er in dem Rechtsstreit unterlegen ist, der Bescheid des Jobcenters somit rechtswidrig war“. Es würde aber auch der Eindruck erweckt, als müsse der Kreis unabhängig vom Verfahrensausgang

die Rechtsanwaltskosten des Leistungsempfängers übernehmen. Das sei irreführend. In diesem Zusammenhang weist der Pressesprecher des Kreises, Felix Höltnann, auf den Rahmen des Sommerinterviews des Landrats hin. Darin hatte sich die Sozialdezernentin Dr. Arizzi Rusche zu Leistungsminderungen für Bürgergeldempfänger geäußert. Der Hintergrund: Wer seinen Mitwirkungspflichten nicht nachkommt, etwa nicht zu Beratungsgesprächen kommt, dem kann das Jobcenter einen Teil der Leistungen kürzen. Dieses Verfahren ist mit der Einführung des Bürgergeldes verkompliziert worden, sodass es viel Arbeitszeit kostet, eine Leistungsminderung durchzusetzen. Felix Höltnann: „Der Dezernentin ging es darum, auf diese Fehlentwicklung hinzuweisen.“ In diesem Kontext, so der Pressesprecher, hat sich die Dezernentin auch zu Widersprüchen gegen

Leistungsminderungen geäußert – die im Kreis sehr selten sind. Das Prozedere ist demnach laut Kreis wie folgt: Das Jobcenter hat in einem Klageverfahren die Kosten zu tragen, wenn der Kläger in dem Klageverfahren Erfolg hat. Sei der Kläger anwaltlich vertreten, seien in diesem Fall auch die Rechtsanwaltskosten zu übernehmen. Wird die Entscheidung des Jobcenters vom Gericht bestätigt, trage in der Regel die Staatskasse die Kosten des Gerichtsverfahrens, da häufig Prozesskostenhilfe in Anspruch genommen werde. Höltnann macht noch einmal auf das eigentliche Ansinnen und die damit verbundene Kritik von Dr. Anna Arizzi Rusche aufmerksam: „Der Dezernentin ging es darum, grundsätzlich darauf aufmerksam machen, dass das Bürgergeld neben der umfassenden finanziellen Unterstützung selbst bei mangelnder Mitwirkung des Leistungsempfängers viele weitere Hilfen bereit hält.“



Beckum

Ausschuss lehnt Rückerstattung ab

Kreis Warendorf (gl). Einen letzten Vorstoß hatte die FDP gewagt, um die Eltern der Kinder, die die DRK-Kita „Schatzinsel“ Neubeckum besuchen, rückwirkend doch noch zu entlasten. Vergeblich: Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien, in dem die Liberalen nur beratende Funktion haben, hat geschlossen dagegen gestimmt. Mehr als ein halbes Jahr war die „Schatzinsel“ wegen Schimmelbefalls geschlossen. Während dieser Zeit wurden die Kinder in anderen Kitas untergebracht. Doch wegen unterschiedlicher Bring- und Abholzeiten konnten die Eltern die Betreuungsleistungen nicht so beanspruchen, wie ursprünglich gebucht.

Oelde

Erste Waldkita ist startklar

Kreis Warendorf (gl). Oeldes erste Waldkita unter Trägerschaft des DRK-Kreisverbands Warendorf-Beckum ist startklar. 20 Kindern steht ab 1. Oktober auf dem Hof Altenau am Sudbergweg eine Fläche von 700 Quadratmetern sowie ein zwei Hektar großes Waldstück zur Verfügung. Die Zwei- bis Sechsjährigen sollen die meiste Zeit im fußläufig erreichbaren Wald verbringen. Bei schlechtem Wetter finden sie Schutz in zwei Jurten. Ihr Charme ist vor allem geprägt durch die runde Form. Die Kinder werden zusammen mit dem sechsköpfigen Betreuersteam ihre Waldkita gestalten. Die Plätze werden vorrangig an die Kinder vergeben, die in Oelde noch keinen Betreuungsplatz gefunden haben.

Ahlen

Markierungen der Fahrbahnen

Kreis Warendorf (gl). Die Ahlener Umweltbetriebe lassen Markierungen der Fahrbahnen erneuern. Vorgesehen sind die Arbeiten von Montag, 16. September, bis Donnerstag, 19. September. Witterungsbedingt können sie auch länger dauern. Es ist nicht auszuschließen, dass es dabei zu Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs kommt. Erneuert werden Fahrbahnmarkierungen unter anderem auf Lambertstraße, Bahnhofsvorplatz/Bahnhofstraße, Zum Richterbach, Sedanstraße, Wallstraße, Südberg und im Wohnquartier Franz-Liszt-Weg.

radio

WAF

92.6 ' 94.7 ' 95.7 ' 96.3

Tel. (02581) 6378-0

info@radiowaf.de

www.radiowaf.de

Samstag, 14. September 2024

7.30 bis 12.30 Uhr stündlich Lokalnachrichten

8.00 Am Wochenende mit Klaus Hölscher, „Der Wunsch-erfüller“; 20.00 deinfm.

Sonntag, 15. September 2024

8.00 Himmel und Erde; 9.00 Am Wochenende mit Jenny Heimann, 9.30, 10.30, 11.30 Kreiswetter, Verkehr, Veranstaltungstipps; 12.00 Am Wochenende; 18.00 deinfm.